



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Europaparlament feiert seinen 50. Geburtstag

Liebe Leserinnen und Leser,
am 19. März 1958 versammelten sich die europäischen Abgeordneten zum ersten Mal als "Europäische Parlamentarische Versammlung" in Straßburg. Aus diesem Anlass feierte das Parlament diese Woche sein fünfzigjähriges Bestehen und lud zur feierlichen Sitzung seine ehemaligen Parlamentspräsidenten und Vertreter der anderen EU- Organe sowie Abgeordnete aus nationalen Parlamenten ein. Mittlerweile, 50 Jahre später, ist aus einem Parlament mit 142 nominierten nationalen Abgeordneten und nur vier offiziellen Sprachen ein direkt gewähltes Europäisches Parlament mit 785 Abgeordneten und 23 Amtsprachen geworden. Obwohl sich die Versammlung erst im Jahr 1962 den Namen "Europäisches Parlament" gab, agierten die Abgeordneten nach dem Inkrafttreten der Römischen Verträge von Beginn an als Vertreter ihrer nationalen Parlamente und fungierten zusammen mit dem Ministerrat als Haushaltsbehörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Mit Unterzeichnung der Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza bekam das Parlament zunehmend Kompetenzen übertragen, die das Europäische Parlament heute zum wichtigsten Vertreter der Rechte der europäischen Bürger macht. Durch den Vertrag von Lissabon, der in einigen Ländern der EU noch vor der Ratifizierung steht, werden die Rechte des Europäischen Parlaments noch einmal gestärkt. Es wird dann über 95 % der Gesetzgebung und auch über den Agrarhaushalt mitentscheiden. Der Vertrag sieht weiterhin die Schaffung eines europäischen "Außenministers" vor, der den europäischen Werten

auch außerhalb der EU Gehör verschaffen wird. Der Vertrag von Lissabon ist ein großer Schritt, der die EU handlungsfähiger und demokratischer macht. Ich bin mir sicher, dass wir auch in den nächsten 50 Jahren zahlreiche Gründe zum feiern haben.

Umfangreiche Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele

Der Anteil des Verkehrs an den europäischen Treibhausgasemissionen steigt trotz technischem Fortschritt voraussichtlich von derzeit 24,1% auf 30% in 2030. Um das steigende Mobilitätsbedürfnis und die unter der deutschen Ratspräsidentschaft festgelegten, ehrgeizigen Klimaschutzziele unter einen Hut zu bringen, schlägt das Europäische Parlament einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vor. Dazu soll bis Juni 2008 ein umfangreicher Vergleich der Umweltkosten der verschiedenen Verkehrsmittel angefertigt werden, der es ermöglicht diese Kosten zum Beispiel über eine höhere Besteuerung für besonders schädliche Autos oder Flugzeuge auch am Markt zu realisieren. Ferner sollte sich die europäische Verkehrspolitik auf Städte, europäische Verkehrskorridore und besonders sensible Gebiete wie Alpen und Ostsee konzentrieren und dort zum Beispiel durch eine City-Maut, Carpooling, persönliche Verschmutzungsrechte oder eine intelligente Verknüpfung von Schiff, Bahn und Flugzeug Umweltschäden reduzieren. Leider unterstützt der Beschluss auch die von der Kommission vorgeschlagenen CO₂ Obergrenzen für Autos. Die CDU/CSU setzt sich hier weiter für eine Lösung ein, die die deutsche Industrie nicht einseitig belastet und für einen gerechten Ausgleich zwischen Oberklasse und Kleinwagen sorgt.

EU-Vorhaben für das Jahr 2009 vorgestellt

In dieser Woche stellte die Europäische Kommission unter dem Motto "Europa voranbringen" ihre Politikziele für 2009 vor. Im Vordergrund stehen dabei die Förderung des nachhaltigen Wachstums, die Schaffung von Arbeitsplätzen in Zeiten der Globalisierung sowie die Senkung der CO₂-Emissionen. Kommissionspräsident Barroso betonte, dass bei den Zielen der europäische Bürger im Vordergrund stehe. Die jährliche Festlegung der Politikziele der Kommission ist der erste Schritt zum neuen Haushalt 2009, entlang dieser später die finanziellen und personellen Mittel festgelegt werden. Nach der Veröffentlichung der Politikziele debattiert das Europäische Parlament über die Ziele der Kommission und legt seinerseits die für ihn wichtigen Punkte vor. Schließlich werden auf diesen Grundlagen der Haushalt und das konkrete Arbeitsprogramm für die Kommission festgelegt. Leider vernachlässigt die Kommission in ihrem diesjährigen Entwurf Maßnahmen zu einem besseren Management der Finanzen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Kommission mehr Elemente in diesem Bereich mit in ihre Planung einbringt, damit das Geld der europäischen Steuerzahler in Zukunft vor Missbrauch geschützt ist.

Reform der Agrarpolitik kommt entscheidend voran

Im ersten von drei Beschlüssen zur Agrarpolitik, dem so genannten "Gesundheitscheck", unterstützt das Parlament die gegenwärtige Reform der Kommission. Diese trägt seit 2003 zu Vereinfachung und erhöhter Eigenverantwortung der Landwirte bei, vor allem durch Entkopplung der direkten Zahlungen an Landwirte von

Seite 1

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Ausgabe vom 13.03.2008

der tatsächlichen Produktionsmenge. Allerdings stimmte das Parlament mit großer Mehrheit gegen Kürzungen dieser Direktzahlung, besonders die Kürzung von bis zu 45% bei Großbetrieben. In den Augen des Parlaments tragen auch diese Unternehmen die erhöhten Kosten durch die im internationalen Vergleich strikten Bestimmungen zum Umwelt- und Tierschutz sowie zur Lebensmittelsicherheit in der EU und haben deswegen den gleichen Anspruch auf Ausgleich. Eine Kürzung würde außerdem einige Regionen, darunter Ostdeutschland, einseitig belasten. Alternativ schlägt das Parlament eine stufenweise Senkung der Zahlung in Abhängigkeit der Betriebsgröße von 1% bis 4% im Zeitraum 2009-2013 vor. Die dadurch frei werdenden Mittel sollten nach Wunsch des Parlaments in den betroffenen Regionen für Programme der ländlichen Entwicklung verwendet werden. Schließlich fordern wir die Einrichtung von staatlichen Rückversicherungssystemen gegen zunehmende Risiken durch Klimaschwankungen und Tierseuchen.

Vorschlag zur Zukunft der Milchquote

Einer Erhöhung der Milchquoten um 2,85 Mio. t bis 2015 als Reaktion auf die ständig steigende Nachfrage nach Milchprodukten stimmte das Parlament zu. Der Beschluss weist allerdings darauf hin, dass einige Länder, darunter Deutschland, Strafen für ein Überschreiten ihrer Quote zahlen, während 18 von 27 Staaten ihre Quoten schon jetzt nicht ausnutzen. Es fordert die Kommission deswegen auf, weitergehende Studien zu den Auswirkungen der Quoten-erhöhung und zum Milchmarkt zu erarbeiten. Besonders bei den Gründen für die Unterschreitung der Quoten, beim Verbraucherverhalten

sowie bei den besonderen Gegebenheiten der Milchproduktion in benachteiligten Regionen sieht das Parlament Untersuchungsbedarf.

Biogas-Nutzung soll in der EU gestärkt werden

Im dritten Beschluss fordert das Parlament die Nutzung von Biogas zu stärken. Besonders bei der Verwertung von Dung, Gülle und anderen biologischen Abfällen sieht das Parlament Spielraum für nachhaltige Energiegewinnung, deren Erfolg, zumindest in der Anfangsphase, allerdings von einer konsequenten Förderung abhängig ist. Spätestens bis zum 15. Dezember 2008 soll die Kommission deswegen einen Bericht zur europäischen Biogasstrategie vorlegen, der auch untersuchen soll wie der vermehrte Anbau von Energiepflanzen sich auf die Nahrungsmittelsicherheit auswirkt

Mehr Unterstützung für Frauen in ländlichen Regionen

Das Parlament setze sich diese Woche mit der Lage der Frauen im ländlichen Raum auseinander. Den Schätzungen der Europäischen Kommission zufolge machen die ländlichen Gebiete der Europäischen Union 92% der Fläche und 56% der Bevölkerung aus und tragen zudem mit 53% zur Beschäftigung bei. Dennoch hält das Leben von Frauen in diesen Regionen eine Vielzahl von Problemen bereit. In vielen EU Ländern liegt die Erwerbsquote der Frauen in ländlichen Gebieten sehr niedrig, weil in landwirtschaftlichen Betrieben arbeitende Frauen nicht immer zu den Arbeitskräften gezählt werden und weil es im Vergleich zu städtischen Gebieten weniger Möglichkeiten gibt, bezahlte Arbeit zu finden. Diese Umstände tragen zu

einer anhaltenden Abwanderung insbesondere junger und gut ausgebildeter Frauen bei. Deshalb fordert das Parlament die Kommission dazu auf, das Wachstum und die Beschäftigung durch Weiterbildung sicherzustellen. Derartige Maßnahmen umfassen die Unterstützung von lokalen Initiativen oder die Einrichtung regionaler Ressourcenzentren. Bereits bestehende Programme, wie das LEADER-Programm, das vielen Frauen bei der Entwicklung lohnender Tätigkeiten im Bereich des Fremdenverkehrs und des Handwerks geholfen hat, sollen auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Besuch aus der Heimat im Europaparlament in Straßburg

Diese Woche konnte ich den CDU-Kreisverband Hohenlohe bei mir begrüßen. Die Gruppe hatte das Glück, von der Tribüne aus einer kleinen musikalischen Einlage des Europäischen Jugend Orchesters beizuwohnen, die für die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag probten.

Neues aus meinem Büro in Brüssel und Straßburg

Neben meiner derzeitigen Assistentin Claudia Bernhard, arbeitet seit diesem Monat die Schweizerin Cristina Fancello als Assistentin für 12 Monate in meinem Brüsseler Büro. Sie wird mich zusammen vor allem bei meiner Arbeit als Berichterstatterin für die Reform des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung unterstützen. Frau Fancello arbeitete zuvor 6 Jahre bei diesem Amt. Auch unser neuer Praktikant, Christoph Trautvetter aus Thüringen, ist gut in meinem Büro in Brüssel angekommen. Er folgt auf die Heidenheimerin Nicole Stopfer, die zur Fortführung ihres Studiums nach Deutschland zurückgekehrt ist.

Seite 2

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu